



BürgerInnenbrief

20. Juni 2017

Abgeordnete der Fraktion
in der Hamburgischen
Bürgerschaft

DIE LINKE.

G20 & Grundrechte +++ Feldstraßenbunker +++ Tourismus: nachhaltig? +++ »Im inneren Kreis« +++ »antiautoritär«

Liebe Leserinnen und Leser,



Zeichnung: Birgit Klupel

wie schön könnte es in den nächsten Tagen werden: Der Sommer bricht an, das Wetter wird gut, nach Feierabend oder auch am Wochenende ließe sich wunderbar um die Alster oder auch an der Elbe spazieren gehen. Wenn nur nicht dieser G20-Gipfel wäre und den Menschen in unserer Stadt ordentlich die Stimmung verdirbt. Was wird da vom Senat und Teilen der Presse nicht alles an die Wand gemalt oder auch beschönigt: Gewaltbereite DemonstrantInnen zerlegen die Stadt, ganz nach dem Motto: Leute bleibt zu Hause; hütet euch vor Blockaden, die Personenschützer könnten scharf schießen (Grote); selbstverständlich gebe es kein Verkehrschaos, es handele sich keineswegs um einen Ausnahmezustand, wir haben die Stadt im (Würge-)Griff (Scholz).

Schier unglaublich erscheint uns der massive Abbau der Grundrechte, wie er insbesondere in der »Allgemeinverfü-

gung« zum Verbot aller Kundgebungen und Demonstrationen in einer 38 Quadratkilometer großen »blauen« Zone für den 7./8. Juli von der Innenbehörde erlassen worden ist. Tatsächlich, so viel Einschränkung der verfassungsmäßig garantierten Rechte war nie.

Wir rufen trotzdem oder eben erst recht zur Teilnahme an den Protesten auf, insbesondere zur Internationalen Großdemonstration am 8. Juli. Und werden als LINKE unseren Beitrag leisten für kraftvolle Aktionen, die den VertreterInnen der 20 »führenden Länder« (und auch dem »rot-grünen« Senat) signalisieren: Eine andere, eine gerechtere Welt ist nötig. Und machbar. Wir wünschen uns bunten und kräftigen Protest. Und: dass kein Mensch zu Schaden kommt. Wirklich keiner!

Herausgeberinnen und Redaktion

Aus der schier unübersehbaren Menge an Protestveranstaltungen, Diskussionen und Demonstrationen, die in der »Gipfelwoche« stattfinden, greifen wir hier nur die wichtigsten heraus:

»G20 Protestwelle: Eine andere Welt ist möglich« – Kundgebung und Demonstration, organisiert u.a. von DGB, Campact, Mehr Demokratie, Greenpeace, NABU, WWF usw. (www.g20-protestwelle.de/)

Sonntag, 2.7., 10:00/12:00 Uhr, Rathausmarkt

»Gipfel für globale Solidarität« – Der Alternativgipfel von rund 160 Initiativen und Organisationen, darunter (<http://solidarity-summit.org>)

Mittwoch/Donnerstag, 5./6.6., jeweils 10:00 bis 21:30 Uhr, Kampnagel

»Grenzenlose Solidarität statt G20« – Internationale Großdemonstration, getragen von Attac, DIE LINKE, DGB-Jugend Nord, Netzwerk Recht auf Stadt Hamburg und rund 160 weiteren Gruppen (www.g20-demo.de)

Samstag, 8.7., 11:00 Uhr, Deichtorplatz

Ich wünsche mir bunten, kräftigen Protest

Von Christiane Schneider



Und keine Gefangensammelstelle! (Foto: C. Schneider)

Eher zufällig stieß ich vor einigen Wochen auf ein Interview des »Deutschlandfunks« aus 2007 mit dem Münchner Polizeipsychologen Georg Sieber, der sich sehr kritisch über den Polizeieinsatz vor und während der G8-Demonstrationen in Heiligendamm äußerte.¹ Er kritisierte die Polizei und ihr Agieren weit im Vorfeld der Protestaktionen: »Man hat äußerste Gefährdung vorgegeben oder tatsächlich empfunden, man hat zu Sicherheitsmaßnahmen gegriffen, die weit in die Rechte von Menschen eingriffen. Das nenne ich bereits eine Eskalation, das war höchste Eskalationsstufe eigentlich überhaupt.«

In einer ähnlichen Situation sehe ich uns heute vor dem G20-Gipfel, der – und das ist noch einmal ein großer Unterschied zu Heiligendamm – mitten in einer dichtbevölkerten, belebten Großstadt stattfindet mit einem hohen Anteil kri-

tischer urbaner Milieus. Drei Wochen vor dem Gipfel ist die Situation in der Stadt angespannt. Hamburg steht womöglich vor den größten Protestaktionen, auf jeden Fall aber vor dem größten Polizeieinsatz seiner bundesrepublikanischen Geschichte.

Zone des Ausnahmezustands

Als Justizsenator Steffens (GRÜNE) im April zusagte, es werde keine generelle Demonstrations-Verbotzone geben, dürften die Pläne dafür bereits in den Schubladen der Polizei gelegen haben. Am 9. Juni gab die Polizei mit einer Allgemeinver-

¹ www.deutschlandfunkkultur.de/eine-einsatztechnische-dummheit.945.de.html?dram:article_id=132531

fügung bekannt, dass für den 7. Juli ab 7:00 Uhr bis zum 8. Juli, 17:00 Uhr, in einer 38 Quadratkilometer großen Zone von der Willy-Brandt-Straße bis zum Flughafen ein generelles Versammlungsverbot verhängt werde. Damit wird ein zentrales Grundrecht (Artikel 8 GG) für eine bestimmte Zeit und auf einer begrenzten, aber sehr großen Fläche aufgehoben.

Ich möchte daran erinnern, was das Bundesverfassungsgericht 1985 in seinem Brokdorf-Beschluss zum Grundrecht der Versammlungsfreiheit ausgeführt hatte: Es sei ein unentbehrliches Funktionselement eines demokratischen Gemeinwesens, das ermögliche, auf den ständigen Prozess der politischen Meinungsbildung Einfluss zu nehmen, die sich in einem demokratischen Staatswesen frei, offen, unreglementiert und grundsätzlich »staatsfrei« vollziehen müsse. Und: Es beinhalte ein Selbstbestimmungsrecht, grundsätzlich selber über Ort, Zeitpunkt, Art und Inhalt einer Versammlung zu entscheiden.

Die Realität sieht anders aus: Schon vor der Veröffentlichung der Verfügung waren mehrere Versammlungen, die für den 7. oder 8. Juli in der Innenstadt angemeldet worden waren, nicht genehmigt worden. Der großen internationalen Demonstration am 8. Juli war das Heiligengeistfeld für die Abschlusskundgebung verweigert worden. Die Innenbehörde hält die riesige Verbotszone nicht für eine nennenswerte Einschränkung, weil ja 26 angemeldete Versammlungen stattfinden könnten. Das ist allerdings kein Argument, denn gerade während des Gipfels und im weiten Umkreis des Geschehens, gegen das sich der Protest richtet, soll nicht demonstriert werden dürfen.

Die Polizei beruft sich zur Begründung der Verbotszone darauf, den Schutz der 35 Delegationen mit ihren 6.500 TeilnehmerInnen, darunter 41 »besonders gefährdeten« Politike-

rInnen – u.a. Donald Trump, Wladimir Putin, Recep Tayyip Erdogan – gewährleisten zu müssen. Diese Delegationen wohnen in der versammlungsrechtsfreien Zone, sie sollen von Protestäußerungen unbehelligt vom Hotel zu den Tagungsorten fahren können, und zwar auf Strecken und zu Zeiten, die vorher auch nicht bekannt gegeben werden. Deshalb ist mit großräumigen Absperrungen über nicht nur kurze Zeiträume zu rechnen, mit der Einschränkung der Bewegungsfreiheit in der Verbotszone, mit massiver Polizeipräsenz und rigorosem Vorgehen gegen alles, was nach Versammlung irgendwie auch nur aussieht (und Versammlungen beginnen nach der erklärten Rechtsauffassung der Polizei bei zwei Personen).

Die Camps

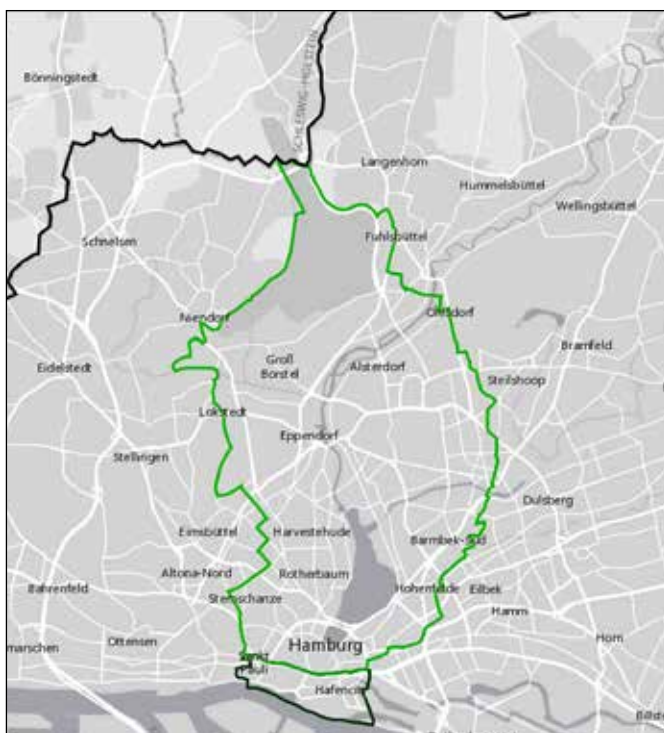
Zwei angemeldete Camps – eines im Stadtpark, eines im Volkspark – sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht genehmigt. Das Verwaltungsgericht hatte festgestellt, dass das für den Stadtpark geplante Camp insgesamt dem Schutz des Versammlungsrechts unterfällt. Das Urteil ist nicht rechtskräftig, weil die Innenbehörde zum Oberverwaltungsgericht geht. Dem Camp im Volkspark hat das Bezirksamt Altona die Genehmigung verweigert, nun soll es als Versammlung angemeldet, gegen ein neuerliches Verbot dann geklagt werden.

In der Auseinandersetzung um die Camps wird vor allem zweierlei deutlich: Der Senat verweigert jede Kooperation mit den VeranstalterInnen, und er spielt auf Zeit. Seit Monaten verweigert er jedes Gespräch, auch jetzt nach dem Urteil des Verwaltungsgerichts geht er auf die AnmelderInnen nicht zu, boykottiert die Suche nach Lösungen. Sein Ziel ist es, möglichst viele Menschen von außerhalb abzuschrecken, nach Hamburg zu kommen. In ihrer Arroganz der Macht glauben SPD-Politiker, VeranstalterInnen und viele tausend zum Protest anreisende Auswärtige, die ihr verfassungsmäßiges Recht auf Versammlungsfreiheit wahrnehmen wollen, auch noch verhöhnen zu müssen: Sie könnten doch von der ach so solidarischen Szene aufgenommen werden, auch gebe es Hostels (Andy Grote); auch die G20-Delegationen hätten geschafft, Hotels zu finden, nur bei den Linken klappe sowas nicht (Arno Münster). Auch politische Dummheit und törichtes Geschwätz tragen zur Eskalation bei.

Und auch hier möchte ich an den Brokdorf-Beschluss des Bundesverfassungsgerichts von 1985 erinnern: Alle an einem Demonstrationsverlauf beteiligten Kräfte sind von Anfang an zur Deeskalation verpflichtet, zur Verhinderung von gewalttätigen Konfrontationen durch rechtzeitige Kontaktaufnahme, durch Informationsaustausch und durch konstruktive Kooperation. Davon ist die Exekutive leider weit, weit entfernt.

Die Frage der Deutungshoheit – oder: »Eine Demonstration gehört den Demonstranten«

Die Exekutive ist im Gegenteil seit Monaten bestrebt, bestimmte ihr besonders unliebsame Demonstrationen, insbesondere die internationale Demonstration am 8. Juli, zu behindern und klein zu halten. Immer wieder wird aus der Innenbehörde heraus die gewalttätige Entgleisung dieser Demonstration beschworen, werden die Veranstalter diffamiert.



Die Verbotszone (Karte: Polizei Hamburg)



Grafik: Rosa Luxemburg Stiftung

miert und auch wir, die wir in der Bürgerschaft diesen Anmaßungen widersprochen haben.

Warum, fragt man sich, soll diese Demonstration stigmatisiert, sollen Menschen abgeschreckt werden mitzugehen? Warum ignoriert man alle gegenteiligen Äußerungen aus dem Bündnis, das die Demonstration trägt?

Das Bündnis von über 150 Organisationen, das die Demonstration trägt, ist sich einig, dass man gemeinsam losgehen und gemeinsam ankommen will und dass alle mitkommen können, Familien mit Kinderwagen ebenso wie Menschen im Rollstuhl. Die Exekutive sollte in Wort und Tat die Deutungs- und Verantwortung der VeranstalterInnen über ihre Demonstration akzeptieren und ihr Recht auf Versammlungsfreiheit gewährleisten, statt es durch Gewaltbeschwörung zu bedrohen.

In dem oben genannten Interview sagte Sieber sehr treffend in Richtung der Exekutive: »... man darf dann eben nicht Landesherrnattitüden annehmen und unbedingt Herr der Lage sein wollen. Eine Demonstration gehört den Demonstranten, das muss man nun mal wirklich so sagen.«

Die Gipfelwoche wird anstrengend. Ich werde die vielfältigen Protestaktionen auf der Straße und den Polizeieinsatz im Rahmen unserer parlamentarischen Beobachtung begleiten. Ich wünsche mir bunten und kräftigen Protest. Und: dass kein Mensch zu Schaden kommt. Wirklich keiner.

Unmittelbar nach dem Bekanntwerden der Allgemeinverfügung ist der nachfolgende Aufruf gegen die massive Einschränkung der Grundrechte in Hamburg entstanden. Wir nehmen ihn hier gerne auf. Den aktuellen Stand der UnterzeichnerInnenliste gibt es hier: www.grundrechte-verteidigen.de.

Hamburg ist unsere Stadt

Wir wollen unsere Grundrechte nicht zum G20-Gipfel abgeben!

Der G20-Gipfel verändert Hamburg. Die Stadt ist Gastgeberin für die Mächtigen der Welt und bereits lange zuvor wird ein Ausnahmezustand heraufbeschworen: Erst 4.000, dann 8.000 »gewaltbereite Linksextremisten« werden von Senat, Polizei und Medien an die Wand gemalt. Das muss als Begründung herhalten, um große Teile der Innenstadt zu einer demonstrationsfreien »blauen Zone« zu erklären. Camps für Menschen, die hierher kommen, um ihre Meinung kundzutun, soll es nicht geben dürfen, weil sie angeblich auch der »Selbstorganisation des militanten Widerstands« dienen.

Massive Polizeipräsenz und -kontrollen im Umfeld des Veranstaltungsortes Messehallen erzeugen ein Bild der Abschreckung, das sich zum G20-Gipfel noch steigern wird – mit hoch aufgerüsteten Polizeikräften von Land und Bund, Sicherheitskräften der Staatsgäste, Bundeswehr und Spezialeinsatzkommandos. Innensenator Andy Grote (SPD) warnt sogar davor, dass ausländische Sicherheitskräfte schon Sitzblockaden als Bedrohung einschätzen würden, die sie zum Schusswaffengebrauch veranlassen könnte. So etwas wolle man verhindern. Das lässt erahnen, wie die Polizei gegen Protestierende vorgehen wird: Höchste Eskalationsstufen mit Versammlungsverboten, Festnahmen, Pfefferspray, Wasserwerfern, Einkesselungen etc. sind zu befürchten. Sicherheit ist der alles dominierende Maßstab. Es herrscht eine Ordnung nach Maßgabe der Polizei in der Stadt.

Wer will angesichts solcher Szenarien – ergänzt durch eine groß angelegte Gefangenensammelstelle – an den Protesten teilnehmen!? Viele Hamburgerinnen und Hamburger wollen sogar während der G20-Tage die Stadt verlassen. Die Versammlungsfreiheit bleibt bei all dem auf der Strecke.

Dabei hat das Bundesverfassungsgericht im Brokdorf-Beschluss bereits 1985 den Verantwortlichen ins Stammbuch geschrieben, was das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit ausmacht: die Möglichkeit der Einflussnahme auf den ständigen Prozess der politischen Meinungsbildung, die sich in einem demokratischen Staatswesen frei, offen und grundsätzlich »staatsfrei« vollziehen müsse. Als ein Stück »ursprünglich-ungebändigter unmittelbarer Demokratie« sei sie »ein politisches Frühwarnsystem, das Kurskorrekturen der offiziellen Politik« möglich mache.

Wir erwarten vom Hamburger Senat, dass er sich im Umgang mit den geplanten vielfältigen Aktionen und Kundgebungen zum G20-Gipfel für alle Meinungen gleichermaßen daran ausrichtet. Wir wollen, dass Senat und Polizei das Recht, ohne Angst und unversehrt an Demonstrationen teilzunehmen, schützen und die Versammlungsfreiheit unterstützen – statt abzuschrecken und ein Klima der Angst zu schaffen.

Die Welt zu Gast in Hamburg; das sind nicht nur die G20, sondern auch Demonstrierende aus aller Welt, die hier kostengünstige Unterkünfte brauchen. Von Hamburg muss ein klares Signal für Grundrechte und Demokratie ausgehen mit Demonstrationen ohne polizeiliche Kontrolle und Behinderung.

Wir wollen keinen Ausnahmezustand, keine Polizeistaatstage in der Stadt. Mögen die G20 sich in den Messehallen treffen – Hamburg bleibt unsere Stadt!

Der Aufruf wird unterstützt von:

Organisationen: Alternativer Wohlfahrtsverband SOAL e.V., Hamburg; Arbeitsgemeinschaft Jugendweihe Groß-Hamburg e.V.; attac Deutschland e.V.; Basis und Woge e.V.; Bündnis des Gipfels für globale Solidarität am 5.+6. Juli 2017 in Hamburg; Bündnis Stadt des Ankommens, Hamburg; Cannabis Social Club Hamburg e.V.; Coordination gegen BAYER-Gefahren e.V.; Demokratisches Gesellschaftszentrum der Kurd_innen in Hamburg e.V.; Deutscher Freidenker-Verband, Landesverband Nord e.V.; DIEM25 – Bewegung Demokratie in Europa 2025; Einwohnerverein St. Georg von 1987 e.V.; Flüchtlingsrat Hamburg e.V.; freiheitsfoo (Gruppe für Menschen- und Freiheitsrechte); Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Hamburg; Gängeviertel; GWA (Gemeinwesenarbeit) St. Pauli e.V.; Hafengruppe Hamburg; Hamburger Bündnis gegen Rechts; Hamburger Kinder- und Jugendhilfe e.V.; HAZIRAN (Vereinigte Juni-Bewegung Deutschland); Humanistische Union e.V.; Initiative Versammlungsfreiheit für Niedersachsen; Internationale Liga für Menschenrechte e.V.; Internationale Sozialistische Organisation (ISO); Interventionistische Linke (IL) Hamburg; Kinderladen Maimouna e.V.; Kita Wunderkabinett, Hamburg; Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V.; Kritische Jurastudierende Hamburg; NaturFreunde Hamburg e.V.; NAV-DEM Demokratisches Gesellschaftszentrum der KurdInnen in Deutschland e.V.; Netzwerk Recht auf Stadt Hamburg; Neue Richtervereinigung e.V. – Landesverband Hamburg; Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein e.V.; St. Pauli selber machen; Verband Kinder- und Jugendarbeit Hamburg e.V.; Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen e.V.; VVN-BdA Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Landesvereinigung Hamburg.

Personen: Rolf Becker, ver.di Hamburg, OVV; Volker Behrendt, Landesvorsitzender ÖDP LV Hamburg; Rainer Benecke, Landessprecher DIE LINKE. Hamburg; Dr. Joachim Bischoff; Enno Drewes, DIE LINKE Hamburg-Nord; Antonie Duchene, Hamburg; Christine Ebeling, Kunst- und Kulturfreundin/Gängeviertel; Michael Ebeling, Initiative freiheitsfoo; Matthias Ederhof, Vorsitzender SPD Schnelsen; Dr. Carola Ensslen, Rechtsanwältin, Hamburg; Hans-Joachim Flicek, attac Regionalgruppe Nordfriesland; Andreas Gerhold, Piratenpartei Hamburg, Vorsitzender Cannabis Social Club Hamburg e.V.; Dr. Rolf Gössner, Rechtsanwalt/Publizist, Vorstandsmitglied der Internationalen Liga für Menschenrechte e.V.; Andrea Hackbarth, Sprecherin der VVN Eimsbüttel; Gaby Hatscher, Sozialarbeiterin, Attac-Mitglied, Hamburg; Till Haupt, Vorstandsmitglied der Gängeviertel Genossenschaft 2010 eG; Karin Heuer, Geschäftsleitung umdenken Heinrich-Böll-Stiftung Hamburg e.V.; Srecko Horvat, Koordinierungskollektiv DIEM25; Marco A. Hosemann, Vorsitzender des Vereins City-Hof e.V.; Steffen Jörg, GWA St. Pauli, St. Pauli selber machen; Michael Joho, Vorsitzender des Einwohnervereins St. Georg von 1987 e.V.; Cornelia Kerth, Bundesvorsitzende VVN-BdA Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten e.V.; Konrad Klockow, SPD Eimsbüttel-Nord; Susanne Kondoch-Klockow, SPD Eimsbüttel-Nord; Prof. Timm Kunstreich, Hamburg; Hilke Larsen, Trägerin Kita Wunderkabinett, Hamburg; Manfred Lotze, IPPNW (Internationale Ärzte zur Verhütung des Atomkrieges und in sozialer Verantwortung e.V.), Regionalgruppe Hamburg; Prof. Dr. Udo Mayer, Hamburg; Christine Melcher, KPF Niedersachsen der Partei DIE LINKE; Andreas Merkens, Vorsitzender der Rosa-Luxemburg-Stiftung Hamburg; Marc Meyer, Rechtsanwalt bei Mieter helfen Mietern e.V.; Thomas Michel, Vorstandsmitglied Piratenpartei Hamburg, Vorstandsmitglied Mehr Demokratie Hamburg e.V.; Prof. Dr. Jürgen Obenbrügge, Professor für Wirtschaftsgeographie, Universität Hamburg; Prof. Dr. Norman Paech, Hamburg; Hein Pfohlmann, Vorsitzender Kuratorium Gedenkstätte Ernst Thälmann e.V.; Prof. Dr. jur. habil. Helmut Pollähne, Rechtsanwalt, Bremen; Ronald Prieß, Botschafter der Straßenkinder in Hamburg; Christiane Schneider, Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft; Thomas Schönberger, UmweltHaus am Schüberg; Dirk Seifert, umweltFAIRaendern; Harald Singler, Landessprecher des Forums Demokratischer Sozialismus Hamburg; Elke Straub, Ethnologin (M.A.) und Fachkraft für Inklusion, Hamburg; Helmuth Sturmhoebel, Fraktion DIE LINKE Bezirksversammlung Bergedorf; Christoph Twickel, Journalist; Günter Westphal, Vorsitzender des Vereins Kunstlabor naher Gegenden (KuNaGe) e.V./Münzviertel; Julia Zielke, Kinderforum Winterhude.

Grün ist vergänglich, Bunkeraufbau beständig

Heike Sudmann über ein wirklich gutes Geschäft – für den Investor des Feldstraßenbunkers



Feldstraßenbunker, 2010 (Foto: wikimedia/ Andreas Praefcke)

Der Bunker an der Feldstraße beeindruckt durch seine Größe. Wer vor ihm steht, kommt sich klein vor. Wer den Blick schweifen lässt, dem/der wird noch deutlicher, was für eine riesige, fast schon erschlagende Baumasse der Bunker im Vergleich zu den gegenüberliegenden Wohn- und Geschäftshäusern an der Feldstraße hat. Der im Zweiten Weltkrieg (1942) errichtete Bunker gehört der Stadt und wurde 1993 gegen die Zahlung von 6 Mio. DM für 60 Jahre an die Matzen Immobilien GmbH&Co. KG im Wege des Erbbaurechts vergeben. Unternehmen aus der Medien- und Musikbranche, u.a. der berühmte Musikclub Uebel & Gefährlich, residieren dort. Nun gibt es Planungen, die aus dem 40 Meter hohen Bunker einen 60 Meter hohen machen wollen.

Bunker wird um 50% höher

Der Senat schreibt der Bürgerschaft in seiner Mitteilung (Drs. 21/9203 vom 23.5.2017), dass nach den Plänen der Matzen Immobilien und des Bezirksamtes Hamburg-Mitte der Bunker einen fünfstöckigen Aufbau erhalten soll, der auf dem Dach und den Terrassen begrünt wird. »In der Grünanlage sollen sich Bürgerinnen und Bürger kostenfrei aufhalten und erholen können. Die Erbbauberechtigte Matzen Immobilien plant in diesem Zusammenhang erhebliche, auch der Allgemeinheit zugutekommende Investitionen. Im Gegenzug soll das bestehende Erbbaurecht verlängert werden, ohne dass dafür ein Einmalentgelt oder ein laufender Erbbauzins zu zahlen ist.« (S. 1). Wer sich die Senatsmitteilung und die darin enthaltene Verträge genau ansieht, muss feststellen, dass es sich hier um ein wirklich gutes Geschäft handelt – für Matzen Immobilien, nicht für die Stadt. Wo sonst in der Stadt bekommt ein Investor für ein 150-Betten-Hotel, für eine Veranstaltungshalle für bis zu 2.200 Besucher_innen, für einen Sportclub und vieles mehr das zu bebauende Grundstück so günstig zur Verfügung gestellt?

Hotel und Musikhalle machen zwei Drittel der neuen Nutzung aus

In der öffentlichen Diskussion dominieren die positiv besetzten Begriffe wie »grüner Bunker« oder »Stadtgarten«, auch »stadtteilbezogene Nutzungen« werden gerne angeführt. Hingegen wird der Denkmalschutz ebenso wie das, was in den fünfstöckigen Aufbau alles reinkommt, kaum diskutiert. Dabei hat es die geplante Nutzung in sich. Über 12.000 Quadratmeter Bruttogeschossfläche entstehen zusätzlich, gut die Hälfte davon sind für ein Hotel mit 150 Betten vorgesehen. Den zweitgrößten Posten mit rund 2.700 Quadratmeter macht die geplante Sport- und Freizeithalle mit bis zu 2.200 Besucher_innen aus. Erinnert sich noch jemand an die heftig umstrittene und letztlich abgelehnte Planung der »Music Hall« in der alten Rindermarkthalle? »... Mit der Sankt Pauli Music Hall wird eine Lücke für Konzerte mit 2.000 bis 4.000 Besuchern geschlossen ... « ist heute noch auf der Homepage www.stpauli-music-hall.com/music-hall/ zu lesen. Jetzt kommt die »Music Hall« wieder, nur etwas kleiner und durch die Hintertür. Die »Stadtteilfläche« macht mit 272 Quadratmetern gerade mal 2% aus. Der »Stadtgarten« soll gut 1.400 Quadratmeter groß sein, also etwas mehr als 10% der Gesamtnutzungen, (alle Zahlen sind in meiner Schriftlichen Kleinen Anfrage Drs. 21/9172 vom 26.5.2017 nachzulesen).

»Greenwashing« des Bunkers – was grünt bzw. blüht uns wirklich?

Der Bunkeraufbau – nicht der gesamte Bunker – soll ein grünes Mäntelchen und ein grünes Häubchen bekommen. In den Verträgen heißt es, dass von Mai bis September maximal 25% der sichtbaren Betonflächen des Aufbaus ohne Begrünung bleiben dürfe. In den sieben anderen Monaten des Jahres darf die Begrünung geringer sein. Wie viel geringer, ist nicht festgelegt.

Die verschiedenen Ausführungen in den Verträgen zu der Begrünung machen deutlich, dass es keine Erfahrungen mit einer Bunkerbegrünung unter norddeutschen Wetter- und Windverhältnissen gibt. Deshalb wird nicht nur die Möglichkeit zum Abweichen von dem ursprünglichen Pflanz- und Pflegekonzept eingeräumt, sondern auch ein Scheitern der grünen Pläne. Wenn sich Matzen Immobilien »nach besten Kräften« bemüht hat, jedoch mehr als 25% der Betonflächen nicht durch Begrünung verdeckt sind, passiert – nichts. Es gibt keinerlei Regelungen für mögliche Ausgleichszahlungen für die eingesparten Begrünungskosten, über einen Wertausgleich für die höchstprofitable Hotelnutzung ohne Gegenleistung oder gar für einen Rückbau. Was passiert, wenn die Parkanlage, der sog. Stadtgarten auf dem Bunker, trotz aller Bemühungen sich nicht als Grünanlage hält, ist überhaupt nicht geregelt. Fazit: Wenn es schlecht läuft für die Stadt, wird es nichts mit der Begrünung und dem Stadtgarten, aber der fünfstöckige Aufbau bleibt. Und damit bleibt auch die äußerst lukrative Nutzung eines Hotels mit 150 Betten in allerbesten Lage für Eventtourist_innen sowie die anderen, nicht verlustorientierten Nutzungen. Das grüne Mäntelchen hat dann seine Schuldigkeit getan.

Sport- und Freizeithalle klingt besser als Veranstaltungshalle

Die Sport- und Freizeithalle, die bis zu 2.200 Besucher_innen fasst, soll an einer nicht genau definierten »deutlichen Mehrheit an Tagen pro Jahr dem Breitensport zur Verfügung gestellt werden« (Drs. 21/9203, S. 8). An den anderen Tagen können hier Kongresse, Konzerte, Kulturveranstaltungen u.ä. stattfinden. Bis zu 38-mal im Jahr dürfen Veranstaltungen mit einer Höchstzahl von 2.200 Besucher_innen stattfinden. Alle Veranstaltungen mit maximal 1.300 Besucher_innen dürfen beliebig oft stattfinden. Diese unbeschränkte Nutzung ist bisher nicht öffentlich bekannt gewesen und ist ein Hohn angesichts der Versprechungen, dass dem Stadtteil keine weiteren Belastungen entstehen sollen. Wie hoch die bisherigen Belastungen sind, lässt sich leicht anhand dieser Zahlen erahnen: Dreimal im Jahr findet der Dom mit jeweils 31 Veranstaltungstagen statt. Im Sommer 2016 kamen 3 Mio. Besucher_innen, im Winter 2 Mio. und beim Frühjahrsdom 2017 waren 2,5 Mio Besucher_innen da. Nicht unerwähnt bleiben dürfen auch die 17 Heimspiele des FC St. Pauli mit bis zu 30.000 Besucher_innen.

Viele Geschenke an den Investor

Der Senat beziffert den Wert der Verlängerung des Erbbaurechts auf 5,8 Mio. €. Bei einer Berechnung mit den offiziellen Bodenrichtwerten ergibt sich aber ein Betrag, der weit über 20 Mio. € liegt.

124 Stellplätze erhält der Investor kostenfrei von der Stadt. Auf meine Frage hin bestätigten die Senatsvertreter im Haushaltsausschuss, dass die Stadt Stellplätze normalerweise nicht kostenfrei zur Verfügung stellt.

Zu den beiden vorgenannten Punkten wie auch zu anderen Ungereimtheiten des Deals habe ich eine weitere Anfrage

BUNKER-AUFSTOCKUNG

sowas kann nun kommen




Wenn der FC.St.Pauli nicht doch noch einen Rückzieher macht und die Hamburgische Bürgerschaft der Bunker-Aufstockung zustimmtdann wird der Feldebunker ein..

Kommerz-Hotel-Event-Klotz von 60m Höhe, der ganz St. Pauli überragt

- zum Vergleich: 60m ist ein Hochhaus mit 19 Etagen -

Statt die Event-Veranstaltungen - wie versprochen - auf 38 pro Jahr zu begrenzen können Veranstaltungen bis 1.300 Besucher unbegrenzt oft stattfinden.

Die Vergabe der Nachnutzung Hamburg Mitte von (Broschüre 21-2004-1) "Während die Hamburger SBW Italien keine von Rotenagel" abwesenden Veranstaltungen in der Stadt" und innerhalb statt. besetzt und über die verbleibende Fläche werden 18 Veranstaltungstagen möglich"

Der grüne Hügel, der Stadtteil-Garten, der Breitensportalles ein kleiner Irrtum?



erstellt für und mehr Infos unter: www.feldebunker.de

Protestplakat (www.feldebunker.de)

an den Senat gestellt, die ihn bestimmt noch ordentlich ins Schwitzen bringt.

Und die Bürgerschaft? Große Mehrheit will alles durchwinken

Die Bürgerschaft könnte diesen Deal zulasten der Stadt noch stoppen. Doch bisher gibt es keine Anzeichen, dass sich die rot-grüne Mehrheit gegen den Senat stellt. Ganz im Gegenteil wird das Gebaren des Senats nicht nur akzeptiert, sondern auch noch unterstützt. Kein einziges Widerwort war von Rot-Grün gegen das Durchpeitschen des Deals in der Bürgerschaft bisher zu hören. Der vom Senat künstlich geschaffene Zeitdruck scheint für sie ebenso wenig ein Problem zu sein wie die fehlende Möglichkeit der Bürgerschaft, die Verträge sorgfältig und gründlich zu prüfen. Die nachfolgende Chronologie macht vielleicht deutlich, weshalb ich das rot-grüne Vorgehen auch formal so unglaublich und unsäglich finde:

- Am 17. März 2017 wurde der städtebauliche Vertrag zwischen der FHH und dem Investor Matzen unterschrieben.

- Am 6. April erteilte das Bezirksamt Hamburg-Mitte die Baugenehmigung.
- Am 7. April 2017 wurde der Erbbaurechtsvertrag von beiden Seiten vor einem Notar unterschrieben.
- Am 16. Mai 2017 hat der Senat seine Entscheidung über den Bunker und die Verträge vertagt – aus formalen Gründen, laut Senatspressesprecher.
- Am 23. Mai 2017 stimmt der Senat dem Erbbaurecht zu (und allem anderen) zu.
- Am 30. Mai 2017 leitet der Senat die Drucksache 21/9203 der Bürgerschaftspräsidentin zu.
- Am 31. Mai 2017 abends erhielten alle Bürgerschaftsabgeordneten über die Parlamentsdienste die Information, dass die Drucksache jetzt zugänglich ist.
- Am 8.6.2017 (Donnerstag) werden die Bürgerschaftsfraktionen gefragt, ob sie einer Vorwegüberweisung der Drucksache in den Haushaltsausschuss mit Sitzung am 13. Juni 2017 (Dienstag) zustimmen. Regulär hätte die Bürgerschaft in ihrer Sitzung am 14.6.17 über eine Überweisung entschieden, eine Befassung in den zuständigen Ausschüssen wäre erst danach möglich gewesen. Die Fraktion DIE LINKE hat der Vorwegüberweisung aufgrund des künstlichen geschaffenen Zeitdrucks und der fehlenden Zeit für eine sorgfältige Vorbereitung nicht zugestimmt. Die rot-grüne Mehrheit hat sich für die Vorwegüberweisung ausgesprochen. Im Ergebnis entschied sich dann die Bürgerschaftspräsidentin für die Vorwegüberweisung.
- Am 13.6.2017 wird die Drucksache im Haushaltsausschuss aufgerufen. Die Fraktion DIE LINKE beantragt eine

Vertagung, da der Senat ausreichend Zeit gehabt hätte, der Bürgerschaft rechtzeitig die Drucksache zuzuleiten. Wenn schon die FHH und der Investor nach ihren jahrelangen Verhandlungen vor dem Notar erklären, dass ihnen »der Entwurf dieses Erbbaurechtsvertrages bereits vor Beurkundung seit mehr als zwei Wochen zur Durchsicht vorlag und ausreichend Gelegenheit bestand, sich mit dem Gegenstand der Beurkundung auseinanderzusetzen und den Entwurf gründlich zu prüfen« (Drucksache 21/9203, S. 15), ist es nicht akzeptabel, der Bürgerschaft noch nicht mal diese zwei Wochen einzuräumen. Rot-grün lehnt die Vertagung ab.

– In der Ausschusssitzung gab es keine Fragen von CDU, Grüne, FDP und AfD. Die SPD stellte eine einzige, eher banale Frage. Zwei Stunden lang torpedierte DIE LINKE den Senat mit Fragen.

– Der Senat kann die Fragen der Fraktion DIE LINKE nach der Berechnung des Werts des Erbbaurechts nicht nachvollziehbar beantworten und muss nun eine Protokollklärung nachreichen – die aber nicht mehr im Ausschuss diskutiert werden kann und möglicherweise erst kurz vor der geplanten Beschlussfassung in der Bürgerschaft vorliegen wird.

– Auch andere Fragen, z.B. nach der Anzahl der Menschen, die die geplanten Grünflächen überhaupt gleichzeitig nutzen können, bleiben offen. Ebenso zeigt sich, dass es keine belastbaren Erfahrungen mit Grünpflanzungen auf einem Bunker unter den Extremen der norddeutschen Wetter- und Windlagen gibt.

Tourismus: Politik muss für Nachhaltigkeit sorgen

Von Stephan Jersch, tourismuspolitischer Sprecher der Bürgerschaftsfraktion DIE LINKE



Jens Boing am 13.5. im Rathaus (Jens Schultz)

Hamburgs Tourismus boomt. Billigfliegern wird der rote Teppich ausgerollt. Zusätzlich zu den derzeit gut 70.000 Hotelbetten sind rund 36.000 weitere in Planung. Einzelne Stadtteile werden zu lokalen Eventzentren zugerichtet, wenn es nach denen geht, die davon profitieren. Wie passt das alles zu einer nachhaltigen Tourismusedwicklung, zu der Hamburg sich

immerhin verpflichtet hat? Was muss getan werden, um diese fünftgrößte Industriebranche in der Stadt sozial und umweltverträglich wachsen zu lassen?

Die Linksfraktion in der Bürgerschaft hatte am 13. Mai erstmalig zu einer tourismuspolitischen Konferenz ins Rathaus eingeladen, um dieser Frage nachzugehen und um die nötigen

Schlüsse zu ziehen, wie ein sozial und ökologisch verträglicher Tourismus in Hamburg funktionieren kann.

Am Ende des Konferenztages war jedenfalls klar: Bei Hamburgs Tourismusedwicklung gibt es deutlichen Optimierungsbedarf, insbesondere bei der sozialen und der umweltbezogenen Nachhaltigkeit. Mehr als in der Vergangenheit ist die Politik gefordert, steuernd einzugreifen, damit Hamburg den Anschluss an die Spitze der deutschen und europäischen Reismetropolen findet.

Im Rathaus diskutierten wir mit den Experten Karsten Heinsch von Deutschen Wirtschaftswissenschaftlichen Institut für Fremdenverkehr e.V. (DWIF), Prof. Dr. Frank Schaal von der EBC Hochschule und Niels Boeing vom Netzwerk Recht auf Stadt. Mit ihren Vorträgen zur touristischen Entwicklung in Hamburg, Deutschland und Europa, zu Marketingkonzepten für einen nachhaltigen Städtetourismus, Erfahrungen anderer Metropolen in Europa und einem Ausblick auf die Auswirkungen für die Hamburgerinnen und Hamburger lieferten die Referenten vielfältige Aspekte für den Start einer breiten Diskussion für Hamburg.

Die Planungszahlen für die Tourismusedwicklung in Hamburg haben an vielen Orten der Stadt zu Diskussionen geführt. In den sogenannten Boost-Stadtteilen, die besonders vom Tourismus betroffen sind, ist der Anteil der ablehnenden Meinungen mittlerweile auf 41% angestiegen: ein erstes Anzeichen dafür, dass die Stimmung in Hamburg gegenüber einem der großen Wirtschaftsbereiche Hamburgs mit mehr als 120.000 direkt und indirekt Beschäftigten langsam kippt. Die 36.000 neuen Hotelplätze, die für Hamburg geplant werden, befeuern die Diskussion über einen Umbau der Stadt zusätzlich.

In vielen Bereichen wird die Entwicklung überwiegend der »freien Wirtschaft« überlassen. Das führt zunehmend zu Umweltbelastungen, z.B. durch den immer weiter zunehmenden Verkehr der Billigflieger am Stadtflughafen Hamburg. Der ausufernde private Handel mit Ferienwohnungen über die On-

line-Börse Airbnb geht immer mehr auf Kosten von Wohnraum für die Hamburger Bevölkerung. Diesen Entwicklungen muss die Politik entgegengetreten. Hamburg muss, so wie andere Metropolen in Europa es längst tun, steuernd tätig werden. Hier gibt es schon einen Katalog von steuernden Maßnahmen, z.B. eine differenziertere Hotelplanung oder auch eine stärkere Überwachung des Airbnb-Sektors. Mit seinem Bekenntnis zu den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen wird der Senat hier liefern müssen.

Die Linksfraktion Hamburg wird mit eigenen Initiativen in dieser Legislaturperiode weiter auf das Thema und eine nachhaltige Gestaltung einwirken. Den Auftakt sollen eine verstärkte Diskussion der Linksfraktion mit und in den betroffenen Stadtteilen Hamburgs und eine Initiative zur Verlegung des Querschnittsthemas Tourismus von der Wirtschafts- in die Stadtentwicklungsbehörde machen. Noch hat Hamburg die Chance, steuernd zugunsten der städtischen Infrastruktur einzugreifen, damit auch die Akzeptanz der Hamburgerinnen und Hamburger zu verbessern und in Deutschland mit der Aufstellung einer wirklich nachhaltigen Tourismusplanung Zeichen zu setzen.

»Nachhaltiger Tourismus erfüllt nicht nur die Ansprüche der Touristen und der lokalen Bevölkerung in den Zielgebieten, sondern trägt auch dazu bei, zukünftige Entwicklungsmöglichkeiten zu sichern und zu verbessern. Ressourcen werden so genutzt, dass ökonomische, soziale und ästhetische Bedürfnisse befriedigt werden und gleichzeitig die kulturelle Integrität, wesentliche ökologische Prozesse, die biologische Vielfalt und lebenswichtige Systeme als Lebensgrundlagen erhalten werden.«

Definition der UNWTO/WTTC 1992, zitiert im »Praxisleitfaden – Nachhaltigkeit im Deutschlandtourismus«, Bundesamt für Naturschutz, BMUB, BfN, DTV, BTE; 2016

Veranstaltungs-Tipps und Hinweise



Der Angstmache durch den Senat und Teile der Medien anlässlich des G20-Gipfels setzen allerlei Gruppen und Verbände eigene Aufklärungsmaterialien entgegen. Wir empfehlen hier **zwei neue Broschüren**, die in den vergangenen Wochen erschienen sind. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung ist mit einer umfangreichen Studie unter der Überschrift **Die G20 und die Krise des globalen Kapitalismus** dabei: www.rosalux.de/publikation/id/14866/die-g20-und-die-krise-des-globalen-kapitalismus/. Höchst informativ ist auch die Attac-Veröffentlichung **Global gerecht statt G20!**: <http://shop.attac.de/index.php/broschuren/g20-broschuere.html>.

Das Statistische Amt für Hamburg und Schleswig Holstein – kurz Statistikamt Nord – hat am 22. Mai ein neues Material zum Thema **Bevölkerung mit Migrationshintergrund in den Hamburger Stadtteilen Ende 2016** herausgegeben. Hauptergebnis: »Ein Drittel aller Hamburgerinnen und Hamburger hat einen Migrationshintergrund«. Das achtseitige Material mit vielen Zahlen und farbigen Karten gibt es hier: www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/Statistik_informiert_SPEZIAL/SI_SPEZIAL_V_2017_komplett.pd. Nicht minder interessant ist das ebenfalls vom Statistikamt am 14. Juni ins Netz gestellte »Spezial« zur **Struktur der Haushalte in den Hamburger Stadtteilen Ende 2016**: www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/Statistik_informiert_

SPEZIAL/SI_SPEZIAL_VI_2017_komplett.pdf. Hier lautet der Kernsatz: »In fast 18 Prozent der Haushalte leben Kinder«.



Die nicht unumstrittene Haltung der Landesregierungen in Brandenburg, Thüringen und Berlin – hier ist DIE LINKE in Mitverantwortung – zur Neuregelung der Bund-Länder-Finzen und der von Finanzminister Schäuble angestrebten Autobahnprivatisierung hat jüngst zu einer informativen, von der Linksfraktion Brandenburg herausgegebenen **Broschüre** geführt. Sie trägt den Titel **Autobahnprivatisierung und Bund-Länder-Finzen**. Häufig gestellte Fragen und ist hier herunterzuladen: www.dielinke-brandenburg.de/fileadmin/FAQ_Autobahnprivatisierung_01.pdf.

Die **Antirassistische Initiative Berlin** hat vor kurzem die umfangreiche Schrift **Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen** herausgegeben. Es geht dabei um den Zeitraum 1993 bis 2016, 23 Jahre, in denen nach dieser Analyse 217 Geflüchtete angesichts ihrer drohenden Abschiebung sich selbst töteten oder bei dem Versuch, vor der Abschiebung zu fliehen, ums Leben kamen. Mindestens 507 Flüchtlinge, so die Initiative, kamen seit 1993 »durch staatliche Maßnahmen« um, »durch rassistische Angriffe und die Unterbringung in Lagern (u.a. Anschläge, Brände) starben 107 Menschen«. Die Dokumentation umfasst drei DIN-A4-Hefte, die zusammen 30 Euro plus 5 Euro Porto kosten. Die Hefte können auch einzeln bestellt werden. Infos: www.ari-berlin.org/doku/titel.htm.



Erneut aufmerksam gemacht werden soll an dieser Stelle auf den von **Christiane Schneider herausgegebenen Newsletter**, der ca. viermal im Jahr über **innenpolitische Entwicklungen und Alternativen** berichtet. Bei Interesse bitte anfordern unter newsletter@linksfraktion-hamburg.de.

Der Fall Erdogan – wie lange sehen Deutschland und die EU noch zu? Diese Frage diskutieren am **Diens- tag, den 20. Juni**, die linken Abgeordneten Sevim Sagdelen (Bundestag) und Mehmet Yildiz (Bürgerschaft) um 18:30 Uhr im »Polittbüro« (Steindamm 45). Sevim Dagdelen hat soeben ihr Buch mit dem Titel »Der Fall Erdogan: Wie uns Merkel an einen Autokraten verkauft« veröffentlicht. Der Eintritt ist frei.

Farmesen-Berne im Wandel – Die zukünftige Entwicklung des Stadtteils – darum geht es auf einer Veranstaltung des Bürgervereins Farmesen-Berne e.V. am **Dienstag, den 20. Juni**, um 19:00 Uhr in der Aula der Schule Surenland (Bramfelder Weg 121). Auf dem Podium diskutieren die Bürgerschaftsabgeordneten Martin Bill (GRÜNE), Lars Pochnicht (SPD), Dr. Wieland Schinnenburg (FDP), Dennis Thering (CDU) und Heike Sudmann (LINKE).

Am **Mittwoch, den 21. Juni**, 20:00 Uhr, wird im Medienpädagogischen Zentrum MPZ (Sternstraße 4) der **Dokumentarfilm »Ekhofstraße, Hamburg-Hohenfelde – Eine Mieterinitiative kämpft um ihr Viertel«** gezeigt. Der legendäre, von einem Kollektiv 1973/74 gedrehte Streifen ist 45 Minuten lang und veranschaulicht eine der ersten Hausbesetzungen in Hamburg überhaupt. Zwei Besetzerinnen sind an diesem Abend dabei, Rosmarie Priß und Karl-Heinz Dellwo, ebenso wie die beiden Filmemacher Heinz Harmstorf und Wilhelm Körner. Im Anschluss an die Dokumentation wird ein zehnteiliges Polizeivideo von der Räumung der Ekhofstraße 1973 vorgeführt. Der Eintritt beträgt 4 Euro.

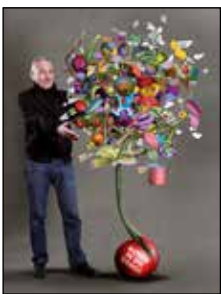


Das Thema Tourismus boomt, wie nicht nur unser Bericht über die Konferenz der Linksfraktion (s. S. 9f.) zeigt, sondern auch eine Veranstaltung, zu der der Zukunftsrat Hamburg für Donnerstag, den 22. Juni, um 18:00 Uhr in den Konferenzsaal der GLS-Bank (Düsternstraße 10) einlädt: **Tourist go home? Nachhaltiger Tourismus in Hamburg**. An der Podiumsdiskussion nehmen teil: Dr. Larissa Wolf (Hamburg Tourismus GmbH), Petra Thomas (Reiseveranstalter »forum anders reisen e.V.«), Tobias Albert (Hotel »Scandic Hamburg Emporio«), Falko Droßmann (Leiter des Bezirksamtes Hamburg-Mitte) und Uwe Bergmann (Bergmanngruppe, Eventveranstalter). Die Moderation obliegt Matthias Beyer (»mascontour«, Berlin). Anmeldung unter anmeldung@zukunftsrat.de.

Auch oder gerade weil die Solidarität mit Griechenland arg in den Hintergrund getreten ist, nehmen wir hier die eine oder andere Veranstaltung zu diesem Thema auf. Am **Freitag, den 23. Juni**, laden die Landeszentrale für politische Bildung, die Jüdische Gemeinde in Hamburg und die Deutsch-Israelische Gesellschaft e.V., Arbeitsgemeinschaft Hamburg, ein zur Veranstaltung **Griechenland, die Shoah und die Frage der Reparationen**. Die Veranstaltung (u.a. umfasst sie einen Lichtbildervortrag) beginnt um 18:00 Uhr im Leo-Lippmann-Saal der Finanzbehörde (Gänsemarkt 36). Nähere Informationen zu den »Tagen des Exils«, in deren Rahmen auch diese Veranstaltung stattfindet, unter www.tagedesexils.de.



Ebenfalls am **Freitag, den 23. Juni**, gibt es einen von Wiebke Johannsen geführten zweistündigen **Spaziergang durchs UNESCO-Welterbe**, die Speicherstadt und das Kontorhausviertel. Der Teilnahmebeitrag beläuft sich auf 12 Euro. Startpunkt ist um 17:00 Uhr das Hauptportal der St. Petrikirche (Mönckebergstraße). Anmeldung unter www.hamburg.arbeitundleben.de/pb/exkursionen.



Zum **Tag der Offenen Fabrique** (Valentinskamp 34A) lädt die Gängeviertel-Initiative für **Samstag, den 24. Juni**, ein. Das Angebot richtet sich vor allem an die Jüngeren unter uns, denn es gilt von 14:00 bis 19:00 Uhr: **Kinder Kunst in den Gängen**. Das ganze Programm ist hier zu sehen: www.das-gaengeviertel.info. Die Gängeviertel-Genossenschaft sucht übrigens noch GenossInnen, die Anteile zeichnen. Informationen gibt es unter: www.gaengeviertel-eg.de.

Die Hamburger Hochbahn lädt am **Sonntag, den 25. Juni**, ein zu einer Zeitreise in Sachen 100 Jahre Geschichte des hamburgischen Personenverkehrs (**HOCHBAHN historisch – eine Zeitreise**). Die Teilnahme kostet 20 Euro, Kinder bis 14 Jahre zahlen 12 Euro. Alles Weitere per Anruf unter Tel. 32 88-28 23 oder per E-Mail an besucherprogramme@hochbahn.de. Wer's genauer wissen will, schaut hier: www.hochbahn.de.



Im November 2018 jährt sich der Beginn der deutschen Novemberrevolution, einer der größten und bisher in der BRD am stärksten vernachlässigten Volkserhebungen überhaupt, zum 100. Mal. Im nächsten Jahr könnte es mit dem Jubiläum anders werden, erste Veranstaltungen sind bereits angekündigt. Beispielsweise ein **Symposium über Die Revolution 1918/19 in Hamburg – Ergebnisse, Vergleiche & Bewertungen**. Die Initiative geht aus von der Landeszentrale für politische Bildung, Veranstaltungsort am **Montag, den 29. Juni**, von 13:00 bis 18:00 Uhr, sowie am **30. Juni** von 9:00 bis 17:00 Uhr ist das Museum für Hamburgische Geschichte (MHG, Holstenwall 24). Hierfür ist eine Anmeldung bis zum 25. Juni unter Hamburg1918@hamburgmuseum.de nötig. Der Eintritt zur Öffentlichen Vortragsveranstaltung am 29. Juni um 18.30 Uhr ebenfalls im MHG – Prof. Dr. Alexander Gallus, Chemnitz, referiert über **Eine fast vergessene Revolution – Die Umbrüche von 1918/19 aus heutiger Sicht** – ist dagegen frei.

Noch ein geschichtspolitischer Termin: Am **Mittwoch, den 5. Juli**, findet um 18:00 Uhr im Kirchhof-Saal im Haus der Patriotischen Gesellschaft (Trostbrücke 4) eine Veranstaltung unter dem Titel **100 Jahre Roter Oktober – Zur Weltgeschichte der Russischen Revolution** statt. Es geht also um die russische Oktoberrevolution 1917, über die sich unter Leitung von Dr. Sabine Bamberger-Stemmann (Landeszentrale für politische Bildung) die »Experten« Dr. Gert Koenen, Dr. Jan Claas Behrends und Dr. Thomas Lindenberger unterhalten. Der Eintritt ist frei.



Ausgeforscht vom Staatschutz

Eine Filmbesprechung von Gaston Kirsche



Nur mit Spendengeldern drehte ein kleines Filmteam eine Dokumentation über den Einsatz in linken Initiativen verdeckt ermittelnder Polizist*innen.

Die »Rote Flora« steht mitten auf dem Schulterblatt im Hamburger Schanzenviertel, wo die zu vermietenden Lofts kreativ und die Crêpes vegan sein sollen. Hier ist Leben, und das seit 1988 besetzte linke Zentrum mittendrin. Dort beginnt die Dokumentation »Im inneren Kreis«, die etwas zeigt, worüber Polizei und Staatsanwaltschaften gerne schweigen – die heimliche Ausforschung von radikalen Linken. Innerhalb von 18 Monaten wurden aus der Roten Flora drei Verdeckte Ermittlerinnen im Nachhinein enttarnt, die zuvor jahrelang die in diesem autonomen Zentrum und in anderen linken Initiativen Engagierten ausgeforscht hatten. Der Film wird in den folgenden Wochen in zwölf deutschen Städten zu sehen sein.

Die im November 2014 als Erste enttarnte Iris P. alias »Iris Schneider« observierte auch noch die queere Szene und Bauwagenplätze. In den letzten drei Jahren ihres Einsatzes arbeitete sie als Redakteurin beim linken Hamburger Radiosender FSK mit. Im neuen Deutschland wurde berichtet, wie Iris P. Privatsphären verletzt hat – bis hin zu zwei unter falschen Voraussetzungen geführten Liebesbeziehungen mit von ihr Ausgeforschten. Iris P. hat auch das Pressegeheimnis verletzt und gegen die formaljuristisch geltenden Vorschriften für Verdeckte Ermittlungen verstoßen – bis hin zu schier geheimdienstlicher Tätigkeit, indem sie aktiv und lenkend in politische Aktionen und redaktionelle Arbeit eingegriffen hat. Maria B. alias »Maria Block« war neben der Roten Flora auch in Antifa-Gruppen und Flüchtlingsinitiativen aktiv, Astrid O. alias

»Astrid Schütt« begann ihre Observationstätigkeit in der Antifa-Jugendgruppe des Jugendzentrums »Unser Haus«, forschte aber auch in ökologischen Initiativen Engagierte aus.

Leider haben sowohl die enttarnten Beamtinnen des LKA Hamburg, Abteilung 7, Staatschutz, alle Interviewanfragen abgeblockt, ebenso wie andere Polizeivertreter. Dafür hat Jan Reinecke vom Bund Deutscher Kriminalbeamter Hamburg der Filmcrew ein Interview gegeben, ebenso der ehemalige Bundesanwalt Kay Nehm, der den Einsatz von Iris P. in einem Ermittlungsverfahren des BKA – in Kooperation mit dem Hamburger LKA – genehmigt hat.

Das Rückgrat des Films bilden Interviews mit Ausgeforschten, die erst einmal Vertrauen zur Filmcrew finden mussten. Aktive aus der Roten Flora haben sich zu viert vor die Kamera gesetzt, ergänzen sich in ihren Schilderungen. Auch in Heidelberg wurde am 12. Dezember 2010 ein Verdeckter Ermittler von einer studentischen Initiative enttarnt, auf die er angesetzt war – zwei Studenten schildern rückblickend ihre Ungläubigkeit darüber, dass ihre Aktivitäten polizeilich bespitzelt wurden. Auch hier – keine Auskunftsbereitschaft der Polizeiführung oder des Innenministeriums. Die Kritik wird ausgesessen und gebetsmühlenartig wiederholt, wie wichtig Verdeckte Ermittlungen zur Kontrolle und zur Gefahrenabwehr von linksradikalen, umstürzlerischen Aktivitäten seien.

Wir danken dem Autor für die Abdruckgenehmigung der Filmbesprechung, die in kürzerer Fassung am 14.6.2017 im neuen Deutschland erschienen ist.

Ebenso haben in Hamburg und Stuttgart Abgeordnete und Minister den Einsatz von Verdeckten BeamtInnen gerechtfertigt und für die Zukunft den Einsatz von VEs gefordert. Etwa Dennis Gladiator, innenpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft, der laut »Bergedorfer Zeitung« im Jugendhilfeausschuss Bergedorf zum Einsatz der Verdeckten Ermittlerin Astrid O. im Jugendzentrum »Unser Haus« erklärte, es habe einen richterlichen Beschluss mit klar umrissenen Kompetenzen gegeben. Erkenntnisse zu gewinnen, sei wichtig. Es hätte dem Film gut getan, derartige Texte wie von Dennis Gladiator aufzugreifen.

Die einzige im Film befragte Politikerin bringt pointiert ihre Kritik an den Einsätzen der Verdeckten Ermittlerinnen (VE) zum Ausdruck. Christiane Schneider, Abgeordnete der Linken in der Hamburgischen Bürgerschaft, ist unermüdlich bestrebt, die begangenen Rechtsverstöße aufzuklären. Sie erklärt, im entsprechenden Revisionsbericht der Innenbehörde habe es geheißen, einer der VE-Führer von Iris P. habe an einer Sit-

zung nicht teilnehmen können, weil er mit anderen VE-Einsätzen beschäftigt gewesen sei. Noch mehr VEs? Für Christiane Schneider ein Anlass, nachzuhaken. Sie zieht eine Kleine Anfrage aus einem Papierstapel und zitiert daraus. Sie wollte Auskunft darüber, wie viele Verdeckte ErmittlerInnen denn seinerzeit im Einsatz gewesen seien. »Ich habe darauf keine Antwort erhalten«, so Christiane Schneider: »Das sei geheim!« Dank des Dokumentarfilm »Im inneren Kreis« kommt auch auf Kinoleinwänden jetzt etwas Licht in die dunklen Geheimnisse der Verdeckten Ermittlungen des Staatschutzes.

»Im inneren Kreis«. Regie: Hannes Obens und Claudia Morar. Deutschland 2017, 83 Min. Kinotermin am **20. und 24. Juni** jeweils um 17:00 Uhr und am 22. Juni um 21:00 Uhr im »3001 Kino« (Schanzenstraße 75). Mehr unter: www.iminnerenkreis-doku.de

Sinti und Roma: Zeit für ein neues Kapitel

Von Surya Stülpe



Inge Weiss, Landesverein der Sinti und Roma in Hamburg, Christiane Schneider, Peter Widmann, Uni Marburg (Foto: S. Stülpe)

Über die Geschichte der Sinti und Roma in Hamburg haben wir auf einer Veranstaltung der Linksfraktion am 1. Juni mit zwei Experten diskutiert. Ausgrenzung, behördliche Diskriminierung und fest verankerte Vorurteile waren auch Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg noch an der Tagesordnung. »Es ist an der Zeit, ein ganz neues Kapitel in dem Verhältnis zu Sinti und Roma zu öffnen«, so Christiane Schneider, verfassungspolitische Sprecherin der Linksfraktion Hamburg, in ihrem Einleitungsbeitrag.

Seit einigen Monaten setzten wir einen Schwerpunkt in unserer Arbeit auf deutsche Sinti und Roma, ihre Lebensumstände, ihre Probleme und Geschichte in Hamburg. In diesem Zusammenhang haben wir zwei Forscher für Vorträge einge-

laden, die Impulsgeber für eine weitergehende Erforschung des Verhältnisses zwischen der Mehrheit und den Minderheiten auch in Hamburg sein könnten.

Den Anfang machte Andrej Stephan, der als Promovend an der Universität Halle-Wittenberg in einem Forschungsprojekt die Frühgeschichte des Bundeskriminalamtes (BKA) und seiner personellen Verquickungen mit den ehemaligen NS-Institutionen untersucht hat. Die ForscherInnen stellten massive ideologische und personelle Kontinuitäten innerhalb des BKA, insbesondere in der sogenannten Zigeunerdienststelle, fest. Antiziganistische Prägungen waren bis weit in die 1980er Jahre spürbar. Auch wenn die Bezeichnungen geändert wurden und aus »Zigeunern« etwa »reisende Täter« oder

»Personen mit häufig wechselndem Aufenthaltsort (kurz: HWAO)« wurden, so blieben die rassistischen Deutungsmuster trotzdem weiter wirksam. Bis ins Jahr 2001 gab es im BKA einen Sachbearbeiter, der eine »Spezialkartei« für HWAO bzw. MeM (Mobile ethnische Minderheit) führte.

Dr. Peter Widmann hat mit »An den Rändern der Städte« eine politikwissenschaftliche Studie vorgelegt, welche die Kommunalpolitik und die unterschiedlichen Stadien ihres Umgangs mit den Minderheiten seit 1945 in den Blickpunkt

rückt. Am Beispiel von Freiburg und Straubing zeigt er, dass die Kommunalpolitik einen endlosen Teufelskreis von Ausgrenzung und (Re-) Produktion von Vorurteilen in Gang gesetzt hat. Die anwesenden Sinti und Sintezi aus Hamburg bestätigten, dass sie ihr eigenes Leben in den Forschungsergebnissen von Dr. Widmann gespiegelt sähen. Intensive und spannende Diskussionen gab es nach beiden Veranstaltungen.

»Antiautoritär«

Joachim Bischoff über 50 Jahre Studentenbewegung und politisch-kulturelle Umbrüche



Helmut Gollwitzer bei der Trauerrede für Benno Ohnesorg, 8.6.1967, Berlin-Zehlendorf, »Autobahnkleeblatt« (dpa)

Hajo Funke schildert seine Erinnerung an den 2. Juni 1967 als damals 22-jähriger Student am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin als Ausbruch eines entfesselten Autoritarismus von Polizei, Politik und Öffentlichkeit in der Frontstadt des Westens. Das war keineswegs nur die Episode eines Abends. In einem zweiten Teil analysiert er die zweite Hälfte der 1960er Jahre als den Beginn eines tief reichenden antiautoritären, politisch-kulturellen Umbruchs gegen die Tradition des Autoritarismus in Erziehung, Kultur und Demokratie.

Die Eindrücke von Hajo Funke teile ich ebenso wie seine Analyse der damaligen gesellschaftlichen Konstellation. Ich wurde bereits 1964 in die Frontstadt Berlin verschlagen und war damals nicht nur Studierender der Soziologie und Ökonomie, sondern auch Werkstudent. Außerdem hatte ich als Falken- und SPD-Mitglied ein großes Betätigungsfeld in der erwachenden außerparlamentarischen Bewegung.

West-Berlin, 2. Juni 1967

Der Schah von Persien, Mohammed Reza Pahlavi, war an diesem Tag mit seiner Frau Farah auf Staatsbesuch in der Bundesrepublik. Zu Ehren des Kaiserpaares wurde in der Deutschen Oper Mozarts »Zauberflöte« gespielt. Draußen aber, vor

der Oper, tobte ein Straßenkampf zwischen StudentInnen und der Polizei. Im Zusammenhang mit diesen Demonstrationen wurde der Student Benno Ohnesorg erschossen. Sein Tod gehört zu den einschneidenden Ereignissen in der Geschichte der Bundesrepublik. Der Tag wurde nach und nach zum Symboldatum der Studentenbewegung.

Der Beitrag ist zugleich eine Empfehlung der soeben erschienenen Flugschrift von Hajo Funke: **»Antiautoritär. 50 Jahre Studentenbewegung: die politisch-kulturellen Umbrüche«**. VSA: Verlag Hamburg 96 Seiten | EUR 8.00 ISBN 978-3-89965-770-8

Der 26-jährige Lehramtsstudent Benno Ohnesorg war Mitglied der Evangelischen Studentengemeinde und nahm das erste Mal an einer Demonstration teil. Auf dem berühmten Foto von seinem Tod kniet die Studentin Friederike Dollinger neben dem Sterbenden, sie schiebt ihre Handtasche unter seinen blutenden Kopf und ruft nach einem Krankenwagen.

Der Schriftsteller Uwe Timm, der zu diesen Ereignissen 2005 die Erzählung »Der Freund und der Fremde« veröffentlichte, war mit Benno Ohnesorg befreundet. Als er vom Tod seines Freundes erfuhr, studierte er in Paris. Die Todesnachricht schockierte und überraschte ihn, denn er hatte Ohnesorg als »unpolitischen Menschen« kennengelernt. Beide wurden 1940 geboren, lernten sich 1961 am Braunschweiger Kolleg für Hochbegabte kennen, wo sie in nur zwei Jahren ihr Abitur nachholten. Der Hunger nach Bildung und die Liebe zur Literatur verband sie.

Als Reaktion auf den Tod Ohnesorgs formierte sich die außerparlamentarische Opposition – deshalb spricht Timm von einer entscheidenden »Zäsur in der bundesrepublikanischen Mentalitätsgeschichte – mehr Demokratie von da an«. Ab 1967 spielte auch für ihn Solidarität eine Rolle, und er engagierte sich politisch.

Es gibt in Westberlin eine kleine Vorgeschichte zum 2. Juni 1967, die Hajo Funkes Erzählung vielleicht ergänzen kann.

Tschombé-Demonstration als Beginn unserer Kulturrevolution«

Drei Jahre zuvor, am 18. Dezember 1964, besuchte der für die Ermordung des bedeutendsten afrikanischen Revolutionärs Patrice Lumumba verantwortliche kongolesische Ministerpräsident Moïse Tschombé Westberlin. »Nach den relevanten Gesprächen in der BRD über die Beteiligung westdeutscher Konzerne am Kongo-Katanga-Geschäft galt es noch schnell das gesamtdeutsche Ritual, einen Blitzbesuch bei »Berlin-Willy« und an der Mauer zu absolvieren« – so beschrieb Rudi Dutschke diesen Teil der Visite (www.glasnost.de/hist/apo/DutschkeTschombe.html).

Im Westberliner SDS gab es eine AG, die sich mit den Entwicklungen im Kongo beschäftigte. Ich hatte 1964 mein Studium in Westberlin aufgenommen und arbeitete u.a. im SDS mit. »Wir hatten uns weder organisatorisch noch technisch auf die Aktion vorbereitet. Sie war »ordentlich« angemeldet, aber ein Verständnis der Demonstration als Kampfinstrument der Bewusstwerdung primär für die an ihr Beteiligten hatten wir damals noch nicht.« (Rudi Dutschke, ebd.)

Wir – ca. 200 BürgerInnen, StudentInnen, SchülerInnen, KommunistInnen, linke SozialdemokratInnen u.a. – trafen uns vor dem Flughafen Tempelhof. Rudi Dutschke schlüpfte wie selbstverständlich in die Rollen des »Ordnern« und Managers der Demonstration, die durch hilflose Polizeiattacken gestört und behindert wurde. Er berichtet: »Der »lange Marsch« vom Flughafengelände bis zum Rathaus Schöneberg, mit Umgehungen der Polizeisperren, betrug etwa zehn Kilometer. Eigentlich hätte schon damals Duensing (Polizeichef, J.B.) wegen Unfähigkeit aus seinem Amt verjagt werden sollen. Wir erreichten als geschlossene Gruppen – also mengenmäßig

hatten wir uns nicht oder nur unwesentlich verändert, aber die Störungen durch die Polizei machten das Aufsplittern in kleinere Gruppen notwendig – das Rathausgelände, ohne allerdings – und das war ein Fehler – sofort die taktische Möglichkeit des stattfindenden Marktes für die »Partisanentätigkeit« zu verwerten.«

Also direkt vor dem Rathaus befanden sich viele Marktstände, viele KäuferInnen, etliche Polizisten und für damalige Verhältnisse viele Studis, SchülerInnen und sonstige kritische Geister. Immerhin war die Demonstration auf dem längeren Marsch nicht geschrumpft. Unser uns selbst verblüffender Erfolg: Einzelnen Aktivisten war es gelungen, in das Rathaus hineinzuschlüpfen und sogar aus einem Fenster eine kurze Begrüßung der erweiterten Marktmenge loszuwerden. Die »Berliner Morgenpost« berichtete am nächsten Tag: »Demonstranten mit den Rufen: »Tschombé raus« über den Mehringdamm. Vergeblich versuchten Polizisten die Studenten aufzuhalten. Die Beamten wurden überrannt.«

Auf dem von kleineren Rangeleien mit der Polizei geprägten Marsch in Richtung Schöneberger Rathaus entwickelte sich bei der Mehrheit der DemonstrantInnen die Bereitschaft zu einer »Illegalisierung der Demonstration«, sie waren entschlossen »zum gemeinsamen Handeln gegen die fetischisierten Spielregeln der formalen Demokratie« (Dutschke). Es entstand eine »spontane Kooperation und Solidarisierung zwischen den verschiedensten Fraktionierungen innerhalb der Linken, die sich damals noch sehr sektiererisch gebärdeten« (ebd.), das heißt, bei allen anderen Aktivitäten folgten wir mehrheitlich unseren Organisationen. »Das militante Auftreten der Demonstranten überraschte die »Hüter der Ruhe und Ordnung« so ziemlich vollständig. Die Agitation und Aufklärung als Prozess der Selbstaufklärung trug geradezu sinnlichen Charakter. Die Organisation und temporäre Führung bildete sich auch im Prozess der Aktion selbst heraus.« (ebd.)

»Mit der Anti-Tschombé-Demonstration hatten wir erstmalig die politische Initiative in dieser Stadt ergriffen. In der postfestum-Betrachtung können wir sie als Beginn unserer Kulturrevolution ansetzen, in der tendenziell alle bisherigen Werte und Normen des Etablierten in Frage gestellt werden, sich die an der Aktion Beteiligten primär auf sich selbst konzentrieren und in der Aktion ihre Selbstaufklärung über den Sinn und das Ziel der Aktion weiterführen.« (ebd.)

Doch im Ergebnis blieb unsere Halbherzigkeit, wie Rudi Dutschke konzediert: »Den Weg zu den Massen fanden wir damals noch weniger als heute, unsere gewollte Beschränkung auf die leicht mobilisierbaren Schichten der Schüler- und Studenten war richtig, galt es doch erst einmal die noch sehr schmale Basis innerhalb der Universität auszubauen und zu verbreitern. Eine wirkliche radikale organisatorische und personelle Selbstkritik der Anti-Tschombé-Demonstration fand weder im SDS noch auf einer Vollversammlung in der Universität statt.« Das zeigt sich dann eben Jahre später in der Anti-Schah-Demonstration. Hier war die Polizei auch noch hilflos, aber sie hatte bewaffnete Zivilfahnder. Aus dieser Konstellation vor der Oper kam es zur Erschießung von Benno Ohnesorg.

Und wie sahen wir die Gesellschaft 1967?

Hajo Funke schreibt in »Antiautoritär«: »1967 selbst fand in unserer Wahrnehmung ungeheuer vieles gleichzeitig statt: Da war der inzwischen seit zwei Jahren dramatisch ausgeweitete Krieg der Vereinigten Staaten gegen Vietnam, der immer mehr als Völkermord verstanden wurde.« Zu ergänzen ist: In Westberlin wurde nicht nur von der Sozialdemokratie die vermeintliche Notwendigkeit des Krieges intern und gesellschaftlich rigoros durchgesetzt. Funke schildert zudem, dass gerade zwei Jahre zuvor der Auschwitz-Prozess von Fritz Bauer in Frankfurt zu Ende gegangen war – der das erste Mal die banale Brutalität der Auschwitzaufseher in die Medien brachte (etwa die »Bogerschaukel«, die Fesselung an einem Stock zu Folterzwecken). Die Hinrichtung Eichmanns in Jerusalem lag gerade fünf Jahre zurück. Die Spiegel-Affäre mit dem Rücktritt des damaligen Verteidigungsministers Franz Josef Strauß sowie die Kubakrise mit einem drohenden atomaren Weltkrieg fünf Jahre und der Mauerbau knapp sechs Jahre.

Funke betont weiterhin: »Und nur ein Jahr war das für den traditionellen Katholizismus bahnbrechende Ergebnis des Zweiten Vatikanums in Rom her. Dieses machte endlich mit dem katholischen Antisemitismus Schluss – demzufolge man am Karfreitag für die treulosen Juden, die für den Christus-Mord verantwortlich gewesen seien, zu beten hatte – und es befreite moraltheologisch Sexualität und Liebe von ihrer Fixierung auf die Zeit nach dem Eheschluss. Es war vor allem die Gleichzeitigkeit moralisch empörender Dinge hier und in Vietnam und in den Vereinigten Staaten, unserer damaligen Vorbild-Nation, die dazu führte, dass Spannung in der Luft lag.

Niemand hat das in diesen Frühjahrswochen des Jahres 1967 so gut zusammengefasst wie unser damals kritischer Kommilitone aus der Germanistik, Peter Schneider, als er in einem Teach-in im Henry-Ford-Bau gegen diese Haltung der Härte und Abwehr Fantasie und Empathie eingefordert hatte. »Wir haben in aller Sachlichkeit über den Krieg in Vietnam informiert, obwohl wir erlebt haben, dass wir die unvorstellbaren Einzelheiten über die amerikanische Politik in Vietnam zitieren können, ohne dass die Fantasie unserer Nachbarn in Gang gekommen wäre, aber dass wir nur einen Rasen zu betreten brauchen, dessen Betreten verboten ist, um ehrliches, allgemeines und nachhaltiges Grauen zu erregen.«

Hajo Funke, damals auch an den überwiegend studentischen Protesten beteiligt, nimmt heute eine Einordnung der 1964ff. einsetzenden Protestbewegung vor:

»Die Revolte in Deutschland war auch eine Antwort auf die spezifischen Nachkriegserfahrungen, einer prächtigen Stimmung des wir sind wieder wer, einem Selbstverständnis, nach der die Bundesrepublik unter Adenauer sich von der schwierigen Vergangenheit abwendet und wieder wer ist, im ökonomischen Aufschwung, im Fußball-Wunder von Bern. In einem nur halb demokratisierten Staat, in dem die CDU noch 1957 die SPD als fünfte Kolonne Moskaus porträtierten konnte und in der in den Familien ein autoritär-aggressives Klima dominierte. Vor allem aber wurde das Schweigen der



1. Auschwitzprozess, Frankfurt a.M., 20.12.1963
(dpa)

Vorgeschichte: des Nationalsozialismus öffentlich wie institutionell durchgesetzt. Später hat einmal der konservative Publizist Hermann Lübke dies in seiner Rückschau entschieden gegen die »destabilisierende Dauerreflexion von Vergangenheit« verteidigt und ein die Nachkriegsgesellschaft in die Bürgergesellschaft verwandelndes »kommunikatives Beschweigen« beschworen. Nichts sei vergessen gewesen, aber einiges ausgeheilt.

Wie viel durch dieses Beschweigen vernebelt, verdrängt und vergessen war, zeigte die dramatische Reaktion von Bevölkerung und Öffentlichkeit auf den Eichmann-Prozess in Jerusalem und erneut – und noch dichter an die deutsche Öffentlichkeit herangerückt – der dreijährige Frankfurter Auschwitz-Prozess (1963-1965). Der Stimmung des Schweigens war Entsetzen gewichen, so sehr, dass – besonders unter Älteren – am Ende des Prozesses 1965 fast zwei Drittel nichts mehr davon wissen wollte, nicht aber unter den Jungen: der Kriegs- und Endkriegsgeneration.

Schon im Vorfeld der Studentenbewegung waren Nachfragen und Kritik an der Weise der Geschichtsverdrängung, aber ebenso der Kontinuitäten der NS-Belasteten in Regierung, Verwaltung, auch Hochschule stärker geworden. Hinzu kamen die alten undemokratischen Strukturen in der Uni. Es wuchs das Unbehagen über die brutalen Kriege in Algerien und immer mehr in Vietnam. Neue Verbrechen widersprachen der Propagierung des freiheitlichen, friedlichen Westens, die Lehren des Nie wieder Auschwitz und Nie wieder Krieg gezogen zu haben.

Und intern bekam die scheinbare Festigkeit des Adenauer-Staats erste Risse, auch dadurch, dass die vermeintlich unbegrenzte Aufschwungsphase von Rezessionserscheinungen erschüttert schien und Ludwig Erhard als neuer Bundeskanzler den rechtsautoritären Ideen Rüdiger Altmanns folgte, der statt der weiteren Entwicklung der Demokratie eine formierte Gesellschaft und aus Angst vor der Demokratie eine Notstandsgesetzregelung durchsetzen wollte, letztere für den Fall, dass es mal zu inneren Aufständen käme.

Fanal und antiautoritärer Impuls

Erst der 2. Juni (...) brachte die brutal-autoritäre Unterseite einer halb demokratisierten Gesellschaft ans Licht. Das führte zu Empörung, Wut und Verzweiflung und dem Impuls

nicht-mehr-mitzumachen und dagegen Widerstand zu leisten. Der 2. Juni war das Fanal der Studentenbewegung.

Sie hatte in den Denkern jüdischer Emigranten in der Frankfurter Schule, von Theodor Adorno, Horkheimer, Erich Fromm und nicht zuletzt Herbert Marcuse ein begeistert aufgenommenes Theorie-Gerüst: Die Analyse und Kritik des Autoritarismus in Gesellschaft und Staat, eines Autoritarismus, der für die Entfesselung von Faschisten und des Nationalsozialismus in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wesentlich verantwortlich war – und der im Gewebe des Alltags der 50er Jahre vielfach präsent geblieben war.

Der antiautoritäre Impuls der Studentenrevolte hatte auf der Basis dieser Frankfurter Schule in zwei Richtungen gezielt: zum einen gegen den doktrinären Partei-Sozialismus sowjetischer Herkunft, zum anderen gegen den durch die Erziehung dominierenden autoritären Charakter, der für Ausprägung und Unterstützung des NS und die fehlende Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus als verantwortlich erachtet wurde.

Das Fehlen einer solchen Auseinandersetzung ordnete schließlich Theodor Adorno in seiner fundamentalen gesellschaftlichen Kritik in »Was bedeutet: Aufarbeitung der Ver-

gangenheit« 1959 nicht nur den autoritären individuellen Strukturen zu, sondern der Tatsache, »dass die objektiven gesellschaftlichen Voraussetzungen fortbestehen, die den Faschismus zeitigten. Er kann nicht wesentlich aus subjektiven Dispositionen abgeleitet werden. Die ökonomische Ordnung und, nach ihrem Modell, weithin auch die ökonomische Organisation verhält nach wie vor die Majorität zur Abhängigkeit von Gegebenheiten, über die sie nichts vermag, und zur Unmündigkeit. Wenn sie leben wollen, bleibt ihnen nichts übrig, als dem Gegebenen sich anzupassen, sich zu fügen; sie müssen eben jene autonome Subjektivität durchstreichen, an welche die Idee von Demokratie appelliert, können sich selbst erhalten nur, wenn sie auf ihr Selbst verzichten« (Adorno: Eingriffe. Frankfurt a.M. 1963, S.139). Adorno betont: »Aufgearbeitet wäre die Vergangenheit erst dann, wenn die Ursachen des Vergangenen beseitigt wären. Nur weil die Ursachen fortbestehen, ward sein Bann bis heute nicht gebrochen.« (S.146) Adorno sah deswegen Grenzen einer aufklärenden Pädagogik. »Nimmt man jedoch das objektive Potenzial eines Nachlebens des Nationalsozialismus so schwer, wie ich es glaube nehmen zu müssen, dann setzt das auch der aufklärenden Pädagogik ihre Grenzen« (S. 141).«

»Was gut ist, könnte noch besser sein ...«

Gastkommentar von Joachim Federwisch



Zeichnung: Birgit Kriepel

... was besser sein könnte, muss deswegen aber nicht in Bausch und Bogen verdammt werden: Jetzt heißt es, Kräfte zu bündeln!

Wir leben in der Bundesrepublik Deutschland, einem wirtschaftlich mächtigen Land, das zwar nur in Exportranglisten ganz oben steht, aber andererseits auch nur bei der Chancengleichheit (Bildung) relativ schlecht abschneidet. Ob Sozial-

index (Platz 12), Pressefreiheit (Platz 16) oder BIP pro Kopf (Platz 19) belegt Deutschland bei fast allen relevanten Welt-ranglisten Plätze zwischen 10 und 20. Zumeist liegen die skan-

Dr. Joachim Federwisch ist ehemaliger Leiter einer Hamburger Bildungsvereinigung und im Zuge der Schröder-schen »Agenda 2010« aus der SPD ausgetreten.

dinavischen Länder, die Niederlande und Neuseeland vor uns, oft auch die Schweiz, Österreich oder Australien, also in der Regel »Länder des Westens«.

Nun lässt sich einwenden, dass wir demzufolge ja noch »Luft« nach oben haben. Wie auch immer wir das betrachten, auch in Schweden oder Neuseeland gibt es Kritik an den gesellschaftlichen Zuständen und selbstverständlich ist sie größtenteils sogar berechtigt.

Andererseits sollte aber auch die Frage erlaubt sein, auf welchem Niveau wir unsere Kritik äußern. Wenn wir uns die Welt, so wie wir sie gern hätten, backen könnten, dann sähe sie sicherlich ganz anders aus. Abgesehen davon, dass dies realitätsfern ist, müssten wir alle, die wir die realen Zustände kritisieren, uns erst einmal darauf verständigen, wohin die politische Reise gehen soll bzw. welche Ideale wir realisieren wollen. Die Borniertheit, mit der manche Linke ihre eigenen Vorstellungen absolut setzen, dürfte ein solches Vorgehen sehr erschweren. Ich kann mich noch an meine Uni-Zeit erinnern. Da wurde unter den Linken oftmals mehr (und teilweise in übelster Form) gestritten als mit Konservativen!

Deshalb muss ich mir überlegen, wie ich für die notwendigen gesellschaftlichen Veränderungen in einer von Haus aus eher konservativen Gesellschaft Mehrheiten bekomme. Das wird ganz bestimmt nicht funktionieren, wenn sich alle ansatzweise »nicht-konservativen« Kräfte mehr bekämpfen als den eigentlichen politischen Gegner. Es ist für eine gesellschaftliche Veränderung nichts gewonnen, wenn es eine WählerInnenwanderung zwischen Linkspartei, Bündnisgrünen und SPD gibt. Es müssen WählerInnen von der Union, FDP und AfD (zurück) in das – nennen wir es unter Vorbehalt – »linke Lager« gewonnen werden!

Kurzum: Wenn wir als Linke etwas erreichen wollen, dann sollten wir »ideologischen Ballast« abwerfen, denn auch »kleine Verbesserungen« sind Erfolge. Maximalforderungen führen derzeit dazu, »keine Verbesserungen« zu erzielen. Das wären dann Misserfolge! Wer in diesem Sinne erfolgreich sein will, sollte aufhören, unser Land in »Bausch und Bogen« zu verdammen. Erstens entspricht das nicht der Faktenlage (siehe oben) und zweitens kommt dies bei der Mehrheit der BürgerInnen absolut nicht an! Wer sein Land schlechter redet, als es ist, stellt sich bei der Mehrheit ins politische Abseits und bereitet nur den Boden für die AfD!

Angesichts der Bedrohung durch den Realitätsverweigerer Trump, der tatsächlich glaubt, sich seine Welt zurechtzimmern zu können, gilt es, noch Schlimmeres zu verhindern. Deshalb müssen wir gegen die Trumps und Erdogans, gegen die Orbans und polnischen Nationalisten und die vielen anderen Feinde der Demokratie (ja, wir haben eine intakte Demokratie, auch wenn wir uns noch manche Verbesserung vorstellen können!) und des Rechtsstaates zusammenstehen. Man mag von Angela Merkel halten was man will, aber mal im Ernst: Wer in der derzeitigen politischen Landschaft in der Bundesrepublik und in der westlichen Welt sollte die Koalition gegen Trump denn wohl sonst anführen? Wenn sie das tut, dann braucht sie hierfür Unterstützung und Ermutigung.

Jetzt gilt es, das Klimaschutz-Abkommen zu retten. Das ist m.E. die wichtigste Aufgabe, ansonsten geht sowieso alles den Bach herunter. Dann nützt es uns erst recht nichts, von der »besten aller Welten zu träumen«, denn dann gibt es die Welt, in der wir leben, schon nicht mehr, bevor wir unsere Ideale realisiert haben!



Zeichnung: Birgit Kriupel

Kulturipp: Methfesselfest



Plakat: Brady

Hamburgs größtes alternatives Stadtteilstadt mit linker Tradition ist wohl das Methfesselfest in Eimsbüttel. In diesem Jahr steigt es vom 30. Juni bis zum 2. Juli und findet wie schon in den vergangenen Jahren auf dem Else-Rauch-Platz statt. Lassen wir die VeranstalterInnen, ein breites Bündnis an Gruppen und Organisationen, selbst zu Wort kommen:

»Unser diesjähriges Motto: Kein G20 nirgendwo – wir haben etwas Besseres vor: Methfesselfest 2017. Diesem Motto wird das Fest gerecht. (...) Das Stadt- und Initiativenfest auf dem Else-Rauch-Platz/U-Lutterothstraße ist (...) im 22. Jahr wieder Magnet für alle, die gerne mit Vergnügen Position beziehen. Von Freitag bis Sonntag ist (es) Auftakt einer Woche für grenzenlose Solidarität statt G20. Das spiegelt sich auch im Programm wider. Hervorgehoben sei hier die OpenAir-Podiumsdiskussion am Samstag um 14:00 Uhr mit Initiativen zum Thema: Der G20-Gipfel und wir: Was im Kleinen tun, um das Große zu ändern? Moderation: Burkhard Plemper.

Dafür diskutiert bereits Samstagvormittag das Bündnis Bildung ohne Bundeswehr (BoB) ihre Ideen. Zwischen Indie Folk Pop der Gruppe Jade Lagoon und lateinamerikanischen Hits gibt es einen inhaltlichen Leckerbissen mit dem Journalisten Otmar Steinbicker: Leben OHNE Bundeswehr. Bevor es Samstagabend mit der Gruppe Grobshliff grob geschliffen, unlackiert auf der Hauptbühne richtig abgeht, bringt Klaus Wicher im Kulturzelt den staatlichen Rentenklau und

die Alternativen des SOVD zur Sprache. Ab 22:00 Uhr runden Lieder gegen den rechten Aufmarsch von Kai Degenhardt und Goetz Steeger den Abend ab.

Wieder hat die Kogge Segel gesetzt. Im Geiste Störtebeckers wird hier der Becher gestürzt oder einfach nur vor dem nächsten Programmpunkt der Durst gelöscht. Und wo getrunken wird, gibt es auch wieder Begrilltes und Veganer.

Nach Klängen der Beatles bis REM von Gossenhauer bei Mojito vom Cuba-Si-Stand, folgt Freitagabend die Kuba-Nacht im Kulturzelt mit Buchvorstellung »Kuba im Wandel«. Schon am frühen Freitagabend gibt es kompetente Informanten zur Situation in der Türkei nach dem Referendum sowie eine Kurzfilm-Reportage aus den kurdischen Gebieten der Türkei (...). Am Sonntagvormittag tauchen die Peace Brigades International mit unseren kleinen Festbesuchern in die fantastische Welt der Handpuppen ein. Um 14.30 Uhr dann ein KernFilm von Herdolor Lorenz/Leslie Franke: »Der Marktgerechte Mensch«. Dazwischen immer wieder live auf der Bühne Schlager der goldenen 20er, Soul, Funk Rock, Historischer Stadtrundgang und zum Ausklang um 17:00 Uhr Gruppe Gutzeit mit Lästersongs über die abgehobene Oberschicht – für das abgehängte Präkariat!

Auf der Homepage geht es auch zum Flohmarkt-Anmeldeformular, und wer bei diesem nicht kommerziellen Fest mitmachen will, findet uns hier: <http://methfesselfest.de>«

Mit diesem BürgerInnenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de oder christiane.schneider@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Lilienstr. 15, 20095 Hamburg; BürgerInnenbüro Christiane Schneider MdHB, Borgfelder Str. 83, 20537 Hamburg/Abgeordnetenbüro Lilienstr. 15, 20095 Hamburg.